

# Wir müssen uns an unsere Geschichte der Freiheit erinnern<sup>1</sup>

Von [Stephen P. Halbrook](#)

[America's 1st Freedom](#) | 08. März 2020



Nur vier Tage nach dem Sieg der Patrioten über die Rotröcke bei Lexington und Concord im Jahr 1775 wollten die Einwohner des besetzten Boston unbedingt aus der Stadt fliehen. Der britische Gouverneur, General Thomas Gage, bot einen Deal an. Sie müssten lediglich ihre Waffen mit ihrem Namen kennzeichnen und bei den Stadträten in Faneuil Hall abgeben, dann könnten sie Boston verlassen. Der Deal sah vor, dass „die genannten Waffen zu einem geeigneten Zeitpunkt an die Besitzer zurückgegeben würden“.

Die Bostoner gaben „1778 Feuerwaffen, 634 Pistolen, 973 Bajonette und 38 Hakenbüchsen“ ab. Was dann geschah, verrät der Kontinentalkongress in seiner Erklärung über die Gründe für den Ruf zu den Waffen am 6. Juli 1775: Die Einwohner „gaben ihre Waffen ab, aber in offener Verletzung ihrer Ehre ordnete Gage an, dass die Waffen . . . von einer Abteilung von Soldaten beschlagnahmt werden“ und „sperrte den Großteil der Einwohner in der Stadt ein“.

---

<sup>1</sup> Alle Fußnoten wurden durch den Übersetzer eingefügt.  
Texte in Klammern [ ] enthalten Ergänzungen des Übersetzers.

Unter dem Eindruck dieser Erfahrungen haben die Gründerväter den Zweiten Zusatz zur US-Verfassung [das Second Amendment] verfasst und ratifiziert, der besagt, dass „das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht verletzt werden darf“.

Im Jahr 1934 hatte der erste Entwurf des späteren National Firearms Act die Registrierung von Pistolen und Revolvern sowie eine Steuer hierauf in Höhe von 200 USD gefordert, zusammen mit Maschinengewehren. Die NRA setzte sich erfolgreich dafür ein, Pistolen und Revolver aus dem Gesetzentwurf zu streichen – das war wohlgerneht nur ein Jahr nach der Aufhebung der Prohibition. Man stelle sich vor, welche neue Welle an Verbrechen ausgebrochen wäre, wenn das ursprüngliche Gesetz verabschiedet worden wäre.

1941, kurz vor dem Angriff auf Pearl Harbor, erteilte der Kongress der Regierung weitreichende Befugnisse zur Beschlagnahmung von Eigentum. In dem Wissen um die anhaltenden Gräueltaten in Europa verbot dieses Gesetz jedoch jede Regelung, die „die Beschlagnahme oder Registrierung von Schusswaffen erlaubt, die eine Person zu ihrem persönlichen Schutz oder als Sportwaffe besitzt“ oder die „das Recht einer Person, Waffen zu besitzen und zu tragen, in irgendeiner Weise beeinträchtigt oder verletzt“.

Der Kongress lehnte 1968 Gesetzentwürfe ab, die eine Waffenregistrierung vorschrieben, und er untersagte dem Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives (ATF)<sup>2</sup> im Firearms Owners' Protection Act von 1986, Vorschriften zur Registrierung von Waffenbesitzern zu erlassen. Ein Registrierungsverbot im Brady Act von 1993 hielt die Clinton-Regierung nicht davon ab, sechs Monate lang Aufzeichnungen über Personen zu führen, die die NICS<sup>3</sup>-Zuverlässigkeitsüberprüfung bestanden hatten, und in der Rechtssache *NRA gegen Janet Reno* (2000) entschied das US-Berufungsgericht für den District of Columbia, dass diese offensichtliche Registrierungsregelung keine tatsächliche Registrierung war. Der Kongress musste erneut eingreifen und dem NICS verbieten, die Aufzeichnungen aufzubewahren, sobald die Zuverlässigkeitsüberprüfung erfolgreich war.

Der eigentliche Zweck der Registrierung besteht darin, die Konfiszierung zu erleichtern. New York City führte in den 1960er Jahren die Registrierung von Langwaffen ein und prangerte die Gegner als paranoide „rechte Spinner“ an. Im Jahr 1991 wurde dann jedes halbautomatische Gewehr verboten, das eine Bajonettaufnahme hatte oder das ein Ausstattungsmerkmal aufwies, das es zur „Sturmwaffe“ [„assault weapon“]<sup>4</sup> machte. Dazu gehörte auch der altehrwürdige M-1 Garand, der im Rahmen des Civilian Marksmanship Program<sup>5</sup>

---

2 Das [Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives](#) (Deutsch: „Amt für Alkohol, Tabak, Feuerwaffen und Sprengstoffe“) ist eine Bundespolizeibehörde, die dem US-Justizministerium unterstellt ist.

3 Ohne Überprüfung durch das National Instant Criminal Background Check System (NICS) ist es unmöglich, in den USA bei einem Händler eine Waffe zu kaufen. Es ist falsch, wenn behauptet wird, jeder Amerikaner könnte mal eben im Walmart eine Pistole kaufen. Näheres hier: <https://www.fbi.gov/services/cjis/nics>.

4 Die sog. „assault weapons“ (deutsch „Sturmwaffen“) stellen den wohl unschärfsten und umstrittensten Begriff der amerikanischen Waffendebatte dar. David Kopel hat 2018 hierzu in der *Regulatory Review* den Beitrag [„Defining ‚Assault Weapons‘“](#) verfasst. Es gibt mittlerweile eine deutsche Übersetzung („Die Definition von ‚Assault Weapons‘“), die unter [David Kopel auf Deutsch](#) abrufbar ist.

erworben wurde. Die Polizei verlangte von den registrierten Personen eine Bestätigung, dass sie ihre Gewehre abgegeben hatten und drohte mit unangekündigten Hausbesuchen.

Jetzt wird versucht, „universelle Backgroundchecks“<sup>6</sup> für rechtstreuere Waffenbesitzer einzuführen (man braucht nicht zu glauben, dass Kriminelle sich diesen unterziehen). Die Forderung nach „universellen Backgroundchecks“ bei privaten Verkäufen hängt laut dem National Institute of Justice „von der Forderung nach einer Waffenregistrierung ab“. Um dieses „Schlupfloch“ zu vermeiden, muss die Registrierung der nächste Schritt sein, da die Waffen sonst nicht bis zum aktuellen Besitzer zurückverfolgt werden können.

„Flinten-Joe“ Biden schlägt vor, dass Besitzer von nicht definierten „Sturmwaffen“ zwischen einem „Rückkauf“<sup>7</sup> durch die Bundesregierung (die sie nie besessen hat) oder einer Registrierung nach dem National Firearms Act wählen können. Man darf erwarten, dass dies in etwa so viel Akzeptanz findet wie jedes Mal in Kalifornien, wenn der Staat die Regeln ändert und die Definitionen für „Sturmwaffen“ erweitert, um mehr Waffen zu erfassen, die registriert werden müssen.

„Zum Teufel, ja, wir werden euch eure AR-15, eure AK-47 wegnehmen“, verkündete Beto O'Rourke<sup>8</sup>. Aber seine Kollegen wollen, dass er den Mund hält, wenn es um den eigentlichen Plan geht, möglicherweise 17 Millionen Gewehre zu beschlagnahmen. Aber keine Sorge, antwortet Beto, die Besitzer werden sie mit einem lächelnden Gesicht und einem freudigen Herzen an die Regierung „zurückverkaufen“.

Nachdem peinlich wenige ihre Schrottgewehre an die Bundespolizei verkauft haben, wäre es an der Zeit, den Rest einzusammeln. Die Gewehre sind nicht registriert, aber die Aufzeichnungen über jede Person, die den ersten Einzelhandelskauf getätigt hat, sind bei den FFL-Händlern<sup>9</sup> verfügbar. Die Unterlagen der Händler könnten eingesehen und die Identität der Käufer festgestellt werden. Es dürfte dann nicht schwer sein, die Richter dazu zu

- 
- 5 Das Civilian Marksmanship Program (CMP) ist eine landesweite Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, US-Bürger im verantwortungsvollen Umgang mit Feuerwaffen und Luftdruckwaffen zu schulen und auszubilden – durch Waffensicherheitstraining, Schießtraining und Wettbewerbe. Das CMP ist staatlich anerkannt. Näheres hier: <https://thecmp.org/about/>.
  - 6 Alle in USA lizenzierten gewerblichen Waffenhändler sind gesetzlich verpflichtet, den Käufer einer Waffe einem Backgroundcheck durch das FBI unterziehen, wobei das o.g. NICS zum Einsatz kommt. Bei der Weitergabe von Waffen unter Privatleuten ist dagegen kein Backgroundcheck nötig. Die Befürworter strenger Waffengesetze versuchen seit langem, die Backgroundchecks auch auf den privaten Bereich auszudehnen, z.B., wenn der Großvater seinem Enkel ein Gewehr schenkt. Wenn alle Waffenübertragungen, also auch die privaten, erfasst werden, spricht man von sog. universal background checks. Näheres hier: <https://www.nssf.org/government-relations/factsheets/universal-background-checks/>.
  - 7 Buyback (Rückkauf) gehört zum typischen Neusprech der Waffengegner im englischsprachigen Raum. Die Regierung „kauft“ hier regelmäßig etwas zurück, was sie nie besessen hat. In Wahrheit handelt es sich um eine Sonderform der Konfiszierung (weil der Enteignete noch ein paar Dollar für die eingezogene Waffe bekommt).
  - 8 [Beto O'Rourke](#) ist ein vielen Amerikanern bekannter Politiker und gehört der Demokratischen Partei an.
  - 9 Wer in USA gewerblich Waffen herstellen oder damit handeln will, braucht hierfür eine staatliche Erlaubnis, die sich Federal Firearm License (FFL) nennt. Näheres [hier](#).

bringen, Anträge auf Durchsuchungsbefehle abzustempeln. Es könnte sogar egal sein, ob die Waffen Jahre zuvor gekauft wurden und sich möglicherweise nicht einmal an der Adresse auf dem Formular 4473 befinden oder ob der Käufer die Waffen gar nicht mehr besitzt – ich habe schon zahlreiche Durchsuchungsbefehle gesehen, die mit einem solchen Mangel an hinreichendem Verdacht genehmigt wurden.

Aber wer wird all diese Gewehre beschlagnahmen? Die FBI-Leute können die örtlichen Strafverfolgungsbehörden nicht dazu zwingen, ihre Waffengesetze durchzusetzen, denn genau das hat der Supreme Court der Vereinigten Staaten im Fall Sheriff Jay *Printz gegen die USA* (1997) entschieden, ein Fall, den ich glücklicherweise bearbeiten durfte. Die Aufgabe müsste den Special Agents des ATF übertragen werden, von denen viele wahrscheinlich vor solchen Befehlen zurückschrecken würden.

Das bringt uns zum schmutzigen Teil. Seit 1775 sind die Amerikaner nicht besonders erfreut, wenn bewaffnete Regierungsbeamte ihre Waffen beschlagnahmen oder Durchsuchungen und Beschlagnahmungen durchführen. Bei Durchsuchungen werden Häuser durchwühlt, um verbotene Gegenstände zu finden. Nächtliche Durchsuchungsbefehle ohne Ankündigung<sup>10</sup> führen dazu, dass Hausbesitzer die Polizisten mit Einbrechern verwechseln. Das ist das Rezept für eine blutige Katastrophe, sowohl für die Beamten als auch für die Bürger.

Das wäre ein Alptraum, den sich kein vernünftiger Amerikaner wünscht. Die Wähler haben die Macht, die Politiker, die mit solchem Quatsch hausieren gehen, abzuwählen.

Ganz zu schweigen davon, dass der Oberste Gerichtshof der USA in dem Urteil *D.C. gegen Heller* (2008) festgestellt hat, dass das Second Amendment Feuerwaffen schützt, die allgemein gebräuchlich sind oder typischerweise von gesetzestreuen Bürgern für rechtmäßige Zwecke besessen werden. Das AR-15 fällt problemlos unter diese Beschreibung, schrieb der damalige Richter Brett Kavanaugh als er noch nicht Richter am Supreme Court war in einer abweichenden Meinung in einem als *Heller II* bekannten Urteil. Aber das hat die Gerichte nicht davon abgehalten, solche Verbote in den Rechtsräumen, in denen sie gelten, aufrechtzuerhalten.

Es gibt noch ein weiteres, seit langem schwelendes Problem, das viele Bürger in ihrem täglichen Leben betrifft: Das ist die Politik einiger Bundesstaaten, den Bürgern das Recht „Waffen zu tragen“ [„bear arms“] zu versagen, obwohl das Second Amendment anordnet, dass es „nicht verletzt werden darf“ [„shall not be infringed“].

Die Verletzungen dieses Rechts begannen mit dem New Yorker Sullivan Act von 1911, der das Tragen von Kurzwaffen für alle New Yorker verbot, mit Ausnahme der wenigen einflussreichen Personen, die eine Genehmigung erwirken konnten. Die erste Person, die auf der Grundlage dieses Gesetzes verurteilt wurde, war ein Arbeiter namens Marino Rossi,

---

<sup>10</sup> Es geht hier um sog. „no-knock warrants“. Das sind Durchsuchungsbefehle, bei denen die Polizei nicht vorher an die Tür klopft und sich zu erkennen gibt. Bei diesen Befehlen wird das Haus ohne Ankündigung aufgebrochen und gestürmt. Näheres hier: [https://www.law.cornell.edu/wex/no-knock\\_warrant](https://www.law.cornell.edu/wex/no-knock_warrant).

der einen Revolver bei sich trug, weil er fürchtete, dass ihm die Verbrecherbande Black Hand nach dem Leben trachtete. Die Polizei schützte ihn offensichtlich nicht. Aber der Richter verurteilte ihn zu einem Jahr Haft in Sing Sing und schimpfte über die Gewohnheit „seiner Landsleute“ und „deren Art“ (italienische Amerikaner), „Waffen zu tragen“, die „einen Großteil der kriminellen Aktivitäten in diesem Land ausmachen“.

Nach über einem Jahrhundert beschäftigt ein weiterer Teil des Sullivan-Gesetzes den Obersten Gerichtshof der USA. Für den Besitz einer Kurzwaffe innerhalb einer Wohnung in New York City braucht man eine „Wohnungserlaubnis“, und die Waffe kann praktisch nicht aus der Wohnung mitgenommen werden. Man könnte sie genauso gut an einer elektronischen Fußfessel befestigen. Das Berufungsgericht in New York City bestätigte diese Idiotie auf der Grundlage der fadenscheinigen Behauptung eines Polizeibeamten, dass es „die öffentliche Sicherheit gefährden“ würde, wenn ein Erlaubnisinhaber eine ungeladene, nicht zugriffsbereite Waffe in eine Zweitwohnung oder zu einem Schießwettbewerb mitnehmen dürfe.

Aus Angst, dass der Oberste Gerichtshof der USA das Gesetz kippen und etwas Nettes über das Second Amendment sagen könnte, hat New York City seine Politik geändert, um die Mitnahme von Kurz Waffen an andere Orte zu erlauben, obwohl dafür eine weitere Lizenz erforderlich sein kann.

Positiv zu vermerken ist, dass einige Gerichte die „Vertrau mir“-Argumentation zurückgewiesen haben, die besagt, dass das Tragen von Waffen verboten werden kann und der Staat einen schützt. Das Berufungsgericht in Chicago wies das Argument zurück, dass das Recht, Waffen zur Selbstverteidigung zu tragen, auf das eigene Heim beschränkt sei, und stellte fest, dass „die Wahrscheinlichkeit, dass ein Chicagoer auf einem Bürgersteig in einem Problemviertel angegriffen wird, wesentlich größer ist als in seiner Wohnung im 35. Stockwerk des Park Towers“.

Die Kalifornier hatten nicht so viel Glück, denn das Neunte Bundesberufungsgericht bestätigte die Erlaubniserteilung mit Ermessensvorbehalt für Kurz Waffen für eine bevorzugte Elite, und der Oberste Gerichtshof der USA lehnte es ab, die Entscheidung zu überprüfen. Die [Verfassungs-]Richter Clarence Thomas und Neil Gorsuch waren jedoch anderer Meinung und erklärten: „Für diejenigen von uns, die in marmorgetäfelten Hallen arbeiten, die ständig von einer aufmerksamen und engagierten Polizei bewacht werden, mögen die Garantien des Second Amendments antiquiert und überflüssig erscheinen. Aber die Schöpfer unserer Verfassung haben eine klare Entscheidung getroffen: Sie haben allen Amerikanern das Recht gewährt, Waffen zur Selbstverteidigung zu tragen.“ Es bleibt zu hoffen, dass der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten diese Frage in einem anderen Fall klären wird.



## Exkurs: Die Geschichte zeigt uns auch, was nach der Konfiszierung von Waffen passiert

Mit entwaffneten Völkern sind scheußliche Dinge geschehen. Beispiele sind Stalins Russland, Maos China, Pol Pots Kambodscha und Idi Amins Uganda. In zwei Büchern habe ich mich schwerpunktmäßig damit befasst, was uns die Nationalsozialisten insoweit lehren. Wie ich in meinem Buch *Gun Control in the Third Reich: Disarming the Jews and "enemies of the State"*<sup>11</sup>, dargelegt habe, führte die Weimarer Republik in den 1920er Jahren die Lizenzierung und Registrierung von Waffen ein, und als Hitler 1933 an die Macht kam, nutzte er die Unterlagen, um alle politischen Gegner zu entwaffnen. Im Jahr 1938 wurden eben diese Unterlagen zur Entwaffnung der Juden in der „Reichskristallnacht“ verwendet. Es wurde keinerlei Widerstand gegen den Holocaust geduldet.



Deutschland führte in den 1920er Jahren die Registrierung von Waffen ein. Das nationalsozialistische Deutschland nutzte diese Unterlagen, um Juden zu entwaffnen. Die Nazis nutzten auch die französischen Waffenregistrierungsunterlagen, um die französischen Bürger nach der Besetzung zu entwaffnen.

In Frankreich ordnete Premierminister Pierre Laval 1935 die Registrierung von Waffen an und schränkte das Versammlungsrecht ein. Was konnte da schiefgehen? Alles. Frankreich fiel 1940 dem Blitzkrieg der Nazis zum Opfer. Es wurde verkündet, dass jeder, der seine Waffen nicht innerhalb von 24 Stunden abgibt, erschossen wird. Der Waffenstillstandsvertrag sah vor, dass die französische Polizei für die Besatzer arbeitet, und genau diese Polizei hatte die Registrierungsunterlagen. Bis zur Befreiung wurden zahllose Waffenbesitzer

---

11 Das Buch wurde ins Deutsche übersetzt: [Fatales Erbe – Hitlers Waffengesetze: Die legale Entwaffnung von Juden und „Staatsfeinden“ im „Dritten Reich“](#), Berlin: Story, 2016.

David Kopel hat eine interessante [Rezension](#) dazu verfasst, die man unter „[David Kopel auf Deutsch](#)“ abrufen kann.

hingerichtet, weil sie ihre Waffen nicht abgaben, aber andere wehrten sich. All dies ist in meinem Buch *Gun Control in Nazi-Occupied France: Tyranny and Resistance*<sup>12</sup> dokumentiert.

Die Befürworter von Waffenverboten leugnen, dass solche Ereignisse jemals stattgefunden haben, behaupten aber vorsichtshalber, dass so etwas hier [in USA] niemals passieren könnte. Das Problem ist, dass es den entrechteten Afroamerikanern im amerikanischen Süden sehr wohl passiert ist. Als die Sklaverei hier in den USA abgeschafft werden sollte, schrieb der entlaufene Sklave Frederick Douglass bekanntlich: „Das Beste, was ich daher für die Freigelassenen tun kann, ist, die Verabschiedung gerechter und gleicher Gesetze für sie zu fördern. Zu ihrem Schutz müssen Sie die Patronentasche, die Geschworenenbank und die Wahlurne haben.“

---

Stephen P. Halbrook ist Rechtsanwalt und Senior Fellow am Independent Institute. Er hat Prozesse vor dem Obersten Gerichtshof der USA geführt und ist Autor von *The Founders' Second Amendment*, *Gun Control in the Third Reich* und *Gun Control in Nazi-Occupied France*.

Der amerikanische Originalartikel mit dem Titel [„We Must Remember Our History of Freedom“](#) erschien ursprünglich bei [America's 1st Freedom](#).

---

12 Audrey Kline hat eine schön Rezension [zu diesem Buch](#) verfasst. Es gibt eine deutsche Übersetzung von Klines Beitrag: [„Frankreichs Waffenrecht unter deutscher Besatzung – eine Geschichte von Tyrannei und Freiheitskampf“](#), die man bei [David Kopel auf Deutsch](#) abrufen kann.